

Georg Eckert

Philosophenpräsidenten?

Roosevelt, Taft und Wilson als Intellektuelle

1. Einleitung

Amerikanische Präsidenten haben nur selten als Symbolfiguren einer intellektuellen Lebensart gegolten. Das liegt womöglich eher an manchen Vorurteilen der jeweiligen Betrachter als an den betrachteten Individuen – und insbesondere an Strukturen, die ein besonders intellektuelles Auftreten nur ausnahmsweise als taugliches Hilfsmittel auf dem Weg ins Präsidentenamt haben erscheinen lassen: an machtpolitischen, an institutionellen und eben auch an mentalen. So hat es Richard Hofstadter einst gewendet, als er nach seinen weithin rezipierten Studien über die Bedeutung des Sozialdarwinismus in den Vereinigten Staaten und über den »paranoiden« Stil der McCarthy-Ära am Beginn der 1960er Jahre ein anderes, dauerhaftes Muster in der amerikanischen Politik und Öffentlichkeit ausmachte: »Anti-intellectualism, as I hope these pages have made clear, is founded in the democratic institutions and the egalitarian sentiments of this country.«¹

Der immense Erfolg von Hofstadters Buch, das ihm im Jahre 1964 den Pulitzer-Preis einbrachte, lag nicht zuletzt in seiner zeitgenössischen Evidenz: immerhin dieser Hauch der Historisierung soll hier spürbar werden. An prominenten Anschauungsbeispielen für »anti-intellectualism« fehlte es in der amerikanischen Politik damals durchaus nicht. Dwight D. Eisenhower und Richard Nixon distanzieren sich seinerzeit ohnehin ostentativ von jedweder intellektuellen Attitüde. Mochte John F. Kennedy ebenso wie einst Franklin D. Roosevelt insbesondere linksliberalen Denkern als Projektionsfläche intellektueller Phantasien dienen, so waren der bald ermordete Präsident und noch mehr sein Vizepräsident und Nachfolger Lyndon B. Johnson vor allem einer handfesten, um nicht zu sagen: bisweilen groben Politik und Rhetorik verpflichtet. Das legendäre »Johnson Treatment«² war kein akademisches Persuasionsverfahren, sondern erinnerte eher an die Anbahnung einer Schulhofschlägerei.

1 Hofstadter 1963, 406.

2 Woods 2007, 262–263.

Solche Gestalten – einen Donald Trump hätten selbst weitsichtige Zeitgenossen kaum zu perhorreszieren vermocht – erharteten noch in Hofstadters Gegenwart, dies er in einer großangelegten historischen Perspektive herleitete: »Even in its earliest days, the egalitarian impulse in America was linked with a distrust for what in its germinal form may be called political specialization and in its later forms expertise.«³ Hofstadters These war besonders pointiert, gerade in ihrem impliziten Plädoyer für ein anderes, eben intellektuelleres Amerika, indes keineswegs einzigartig. In manchem gemahnte sie fast an Alexis de Tocqueville, dessen Diagnose eines Triumphs der Gleichheit über die Freiheit in der Jacksonian Democracy weithin in Sorgen nachhallte, die Herrschaft der Volksmassen werde den besonders Vernünftigen eine gestaltende Mitwirkung in der Politik stets verwehren:

»In den Vereinigten Staaten hasset das Volk die höheren Stände nicht, will ihnen aber auch nicht besonders wohl, und hält sie sorgfältig von der Macht entfernt. Es fürchtet die großen Talente nicht, findet aber auch keinen Geschmack an ihnen. Im Allgemeinen bemerkt man, daß alles, was sich ohne seinen Beistand erhebt, mit Mühe seine Gunst erlangt.«⁴

Seither gehörte es zu einer gängigen Meistererzählung, einen an zähl- oder wenigstens greifbaren Ergebnissen orientierten Pragmatismus als Kern eines amerikanischen »Wesens« aufzufassen. Ein anderer liberaler Zeitgenosse Hofstadters, der Historiker Henry Steele Commager, hatte wenige Jahre vor dessen »Anti-intellectualism« eben den Pragmatismus als eine »philosophy of expediency« mitten im »American Mind« lokalisiert.⁵

Bis heute ergeben sich daraus prominente Züge des amerikanischen Selbstbildes wie des Fremdbildes beim Blick auf die Amerikaner, ob nun affirmativ oder pejorativ nachgezeichnet – auch in ikonographischer Verdichtung: etwa Präsidenten, die sich im 20. Jahrhundert bisweilen gerne in Cowboystiefeln präsentierten, oder viele ihrer Vorgänger des 19. Jahrhunderts, die sich desto ostentativer als Männer des Volkes vor Blockhütten inszeniert hatten, je weiter entfernt ihre Herkunft von der Frontier lag, geographisch wie mental: paradigmatisch etwa William Harrison, der aus elitärem Hause stammte, sich im Wahlkampf des Jahres 1840 aber als rustikaler Mann aus der Wildnis gab.⁶ Es herrscht also wahrlich kein Mangel an Präsidenten und anderen prominenten amerikanischen Politikern, die sich ganz und gar nicht intellektuell zeigten.

Umso spannender erscheinen die Ausnahmen von dieser Regel, denen sich dieser Essay zuwendet: die präsidentielle Trias von Theodore Roosevelt, William Taft und Woodrow Wilson, die am Anfang des 20. Jahrhunderts auf gewisse Weise »republican variants of

3 Hofstadter 1963, 151.

4 Tocqueville 1836, 35.

5 Steele Commager 1950, 95.

6 Shade 2014, 166.

the philosopher-kings«⁷ verkörperten: »The presence of Roosevelt, Taft, and Wilson in the presidential office demonstrates that Americans have not always been satisfied with mere results, but have on important occasions insisted on honesty and wisdom, and on intellectually defensible methods of achieving results«,⁸ so hat es eine Hofstadter-inspirierte Forschung schon einmal gedeutet. Diese Philosophenpräsidenten pointiert zu erkunden, bedarf zunächst einiger begrifflicher Vorbemerkungen, sodann einer kurzen Prosopographie und schließlich eines Blicks in einschlägige Quellen, um zugleich Chancen wie Grenzen des Hofstadter'schen (Anti-)Intellektualismusbegriffs zu erkunden. Er hilft eine politische Sonderkonjunktur für Politiker zu erklären, die sich am Beginn des 20. Jahrhunderts als intellektuelle Gestalten und Gestalter zu präsentieren wussten.

2. »Intellektuelle« Präsidenten: Begriffliche Überlegungen

Die Frage nach dem Antiintellektuellen und mithin auch nach dem Intellektuellen ist nicht mehr als ein hermeneutisches Hilfswerkzeug, um die Biographien einzelner Akteure besser zu verstehen: jenseits der essentialistischen Anmaßung, einzelnen Protagonisten ein scharfes Zeugnis über vorhandene oder nicht vorhandene Intellektualität auszustellen. Kulturgeschichtlich gewendet, weist diese Frage in eine andere Richtung: hin zu Denkmustern, Erwartungshaltungen, Handlungsstrukturen – und Selbstinszenierungen. Wie man Intellektualismus im Einzelnen auch definieren mag, er kann im Sinne eines Habitus beziehungsweise Stils gemeint sein, im Sinne einer Methode respektive Arbeitsweise oder im Sinne einer spezifischen Art und Weise, die Welt zu verstehen und zu deuten. So pragmatisch trieb auch Hofstadter seine Untersuchung voran: »what I have done is merely to use the idea of anti-intellectualism as a device for looking at various aspects, hardly the most appealing, of American society and culture.«⁹

Was manchen als definitorischer Mangel erscheinen mag, eröffnet zugleich einen vielversprechenden Ausweg aus einem begrifflichen Dilemma. Den modernen Begriff des Intellektuellen bestimmt seit jeher der vielfach obendrein normativ überhöhte Anspruch, mehr oder minder fundamentale Systemkritik zu üben;¹⁰ insofern wären wohl selbst platonische Philosophenkönige jenseits aller kantianischen Bedenken am Ende keine Intellektuellen mehr, erst recht nicht reale Staatsmänner in führenden Positionen – eo ipso, weil sie im Regelfall kaum anders zu handeln vermögen als systemkonform. Macht hat man meistens nur »in den Verhältnissen«, selten »über die Verhältnisse«.¹¹ Im eigentlichen Sinne als Intellektuelle

7 Burton 1988, Preface.

8 Ebd., 191.

9 Hofstadter 1963, vii.

10 Morat 2011.

11 Meier 1980, 23–24.

könnten dann nur Revolutionäre gelten, indem sie nicht »von oben« agieren. Indem Hofstadter Herangehensweise just nicht auf ein substantiell oppositionelles Moment zielt, eröffnet sie vorzügliche Erkenntnismöglichkeiten. Sie erlaubt systematisch, auch Regierende als Intellektuelle zu betrachten, weil sie umgekehrt Antiintellektuelle keineswegs auf eine Funktion des Aufbegehrens verpflichtet. Hofstadter verstand unter »Antiintellektualismus« eben keine politische Positionsbestimmung, sondern eine Beschreibung, wie sich Politiker geben: »a resentment and suspicion of the life of the mind and of those who are considered to represent it; and a disposition constantly to minimize the value of that life.«¹² Umgekehrt machten für Hofstadter nicht spezifische Überzeugungen den Intellektuellen aus, sondern eine spezifische Denk- und Lebensart, man könnte auch sagen, eine Pose:

»The difference is not in the character of the ideas with which he works but in his attitude toward them. I have suggested that in some sense he lives for ideas – which means that he has a sense of dedication to the life of the mind which is very much like a religious commitment.«¹³

Wenigstens drei Spielarten von Intellektualität lassen sich auf der Basis dieser Definition, deren Tragfähigkeit es zu testen gilt, rasch konzipieren. Erstens gehört zum »life of the mind« unzweifelhaft der Glaube, in diesem Falle der christliche, überwiegend calvinistische. Folgt man diesem Gedankengang, wären ausgerechnet einige derjenigen amerikanischen Präsidenten, die man intuitiv am wenigsten dafür halten mag, dezidiert als Intellektuelle zu werten, um nicht zu sagen: die meisten, weil auch eine gewisse ostentative Frömmigkeit immer wieder als wesentliche präsidentiale Eigenschaft figurierte. Zweitens lässt sich Intellektualität in diesem Sinne mit (klassischer) Bildung verbinden. Ein Intellektueller wäre demzufolge jemand, der seine Wertschätzung des »life of the mind« als »man of letters« auslebt, wie paradigmatisch Thomas Jefferson; derlei zu erfassen, wäre Aufgabe einer umsichtigen Sozialisationsgeschichte. Gerade die Geschichte der ersten amerikanischen Präsidenten wäre als eine Bourdieu-inspirierte Untersuchung von Elitenkontinuität darstellbar, die sich in »intellektuellen« Codes des Redens und Verhaltens perpetuiert hat. Freilich litte sie an einer zweifelhaften Prämisse, nämlich derjenigen, dass ein Intellektueller zwingend über klassische Bildung verfügen müsse. Drittens aber, so macht es sich dieser Essay zu eigen, ließe sich mindestens noch auf eine weitere, vielleicht besonders produktive Weise nach Intellektualität in der Gestalt eines Bekenntnisses zu Wissenschaft und wissenschaftlicher Expertise fragen: nicht in einer schöngestigen Engführung, sondern in einer Weitung auf alle Disziplinen. Eine solche Analyse weist den Vorteil auf, Intellektualität von besonderer Begabung zu entkoppeln und keiner Erfolgsgeschichte von »Great Men« anheimzufallen. Eine besondere Wertschätzung des »life of the mind« setzt mitnichten besondere Befähigung zu dessen Realisierung voraus, sie kann sogar eine bloße Pose darstellen.

12 Hofstadter 1963, 7.

13 Ebd., 27.

Intellektualität, in Fortführung der Hofstadter'schen Definition verstanden, bedeutet ebensovienig eine persönliche Eigenschaft wie ihre Negation, sondern schlicht ein Bekenntnis zur Intellektualität als politischer Ressource – und mag es nur ein vorgebliches, ein kunstvoll inszeniertes sein. Um ein jüngeres Beispiel zu geben: Als Ronald Reagan in einer Fernsehansprache im Juli 1981 mit dem Finger auf ein Diagramm hinter sich zeigte, auf dem die Laffer-Kurve segensreiche Effekte einer Steuersenkung suggerierte, handelte er dieser Definition gemäß ausgesprochen intellektuell – indem er sich affirmativ auf eine damals angesagte wirtschaftswissenschaftliche Theorie bezog, jedenfalls wesentlich intellektueller als sein späterer Nachfolger Bill Clinton, der im erfolgreichen Wahlkampf des Jahres 1992 gar keine Ökonomen mehr bemühte, sondern den nicht sonderlich wissenschaftsaffinen Slogan »It's the economy, stupid«. Es kann freilich nicht darum gehen, Globalaussagen über ganze Präsidentschaften zu treffen oder Präsidenten in der vermeintlichen »totality of their mental lives«¹⁴ zu verstehen: zu erforschen, wer seinem Wesen nach ein Intellektueller gewesen sein mag, gerät leicht zur hermeneutischen Anmaßung. Gut zu erkunden ist hingegen, wer sich in Sprech- und anderen Akten selbst als Intellektuellen präsentiert hat und als solcher wahrgenommen wurde (oder eben auch nicht: Wer als intellektuell gilt, bestimmen immer die anderen). Als »intellektueller« Protagonist figuriert in diesem Sinne eben bereits ein solcher, der sich statt zu einem Rekurs auf den bloßen »common sense« ostentativ zu einer intellektuellen Spielart von Politik bekannt hat.

In spezifischen Momenten stellte eine solche Inszenierung, deren Untersuchung hier im Mittelpunkt stehen soll, eben keinen Gegensatz, sondern vielmehr den Inbegriff auch harter Machtpolitik dar. Intellektualität oder Antiintellektualität meinen also gerade keine Wesensdiagnose einzelner Akteure schlechthin. Vielmehr dient die Haltung spezifischer Protagonisten zu einer in diesem Exempel wissenschaftlich konturierten Intellektualität als historiographisches Prisma: insbesondere, wenn man sie nicht als Reflexion eines unwandelbaren amerikanischen Wesens versteht, sondern gerade nach jenen Momenten sucht, in denen Zeitgenossen intellektuell profilierte Politiker erwarteten und Kandidaten gerade für das Präsidentenamt diesen Erwartungen zu genügen bemüht waren. Ob sie wirklich intellektuell waren, spielt dabei keine Rolle: Es reicht, dass sie sich intellektuell gaben und eine Aura als (kommende) Philosophenpräsidenten kultivierten.

In der amerikanischen Geschichte gab es wenigstens zwei längere Phasen, in denen vornehmlich Philosophenpräsidenten gefragt waren.¹⁵ Eine datiert gleich vom Beginn der Republik. George Washington war zwar eher als Held des Unabhängigkeitskrieges bekannt, aber insbesondere seine Nachfolger John Adams, Thomas Jefferson und James Madison hatten auch als politische Publizisten reüssiert: durchaus mit gelehrten Ambitionen, die allerdings spätestens im Zeitalter der Jacksonian Democracy nicht mehr gefragt waren. Kaum ein schärferer Kontrast ist denkbar als derjenige zwischen Andrew Jackson, der eben aus »Old Hickory«

14 Hier liegt denn auch der zentrale Unterschied zur Herangehensweise von: Burton 1988, Preface.

15 Burton 1988, Preface.

und nicht aus Belesenheit geschnitzt war, und seinem unmittelbaren Amtsvorgänger John Quincy Adams, der in mehrere Akademien gewählt worden war und unter anderem *Letters on Silesia* veröffentlicht hatte. Ihre jeweiligen Stile entsprangen freilich nicht nur individuellen Vorlieben, sondern waren an kollektive Erwartungen geknüpft: Viele Zeitgenossen der amerikanischen Gründerväter setzten insofern auf quasi-platonische Philosophenpräsidenten, als sie eine Herrschaft der Besten idealisierten, und zweifelten am Wert des Votums einer Mehrheit, die vielen etwa beim turbulenten Amtsantritt Andrew Jacksons als bloßer Mob erschien. Es ist kein Zufall, dass eine solche Idealisierung der angeblich Klügsten mit der Ausweitung des Wahlrechts an Wirkungsmacht einbüßte, Tocqueville beschrieb diesen Zusammenhang eingängig.

Nummehr begann eine Ära, in der die Zugehörigkeit zu einer Elite als wenig wahlkampftauglich empfunden wurde. Zum Helden der jungen, expandierenden Republik wurde in der Mitte des 19. Jahrhunderts eher der »common man«, paradigmatisch verkörpert vom Aufsteiger Andrew Jackson, aber auch selbst von Ostküstenaristokraten wie dem besagten Präsidenten William Harrison und seinem Vizepräsidenten John Tyler. Sie ließen sich auf Wahlplakaten eben nicht in einer kunstvollen Villa, sondern demonstrativ mit einem Cider-Fass vor einfacher Behausung inszenieren. Auch nach dem Bürgerkrieg schien es Präsidenten und Präsidentschaftskandidaten weniger opportun, sich als intellektuell zu geben: Militärische Meriten zählten mehr als Bekenntnisse zur modernen Wissenschaft, wie die Beispiele von Ulysses Grant, James Garfield oder Winfield Scott Hancock, Gegenkandidat von Garfield, zeigen. Bibelfestigkeit wie bei Grover Cleveland oder William McKinley oder Silas C. Swallows, Kandidat der Prohibition Party im Jahre 1904, galt mehr als Bildung. Das juristische Handwerk eines Rutherford B. Hayes samt seinem Gegenkandidat Samuel J. Tilden oder eines Benjamin Harrison schien relevanter als akademische Belesenheit. Ostentative Volksnähe blieb die entscheidende, nichtakademische, nicht- oder sogar antiintellektuelle Qualifikation, quer durch die Parteien. Zumindest empfanden Eliten so, die ihre Inszenierung als Politiker auf diese Überzeugungen – und mögen es nur unterstellte gewesen sein – gründeten.

Das Pathos der Progressive Era, mit rastlosen Reformen die Vereinigten Staaten neu zu erfinden, verlangte indes nach neuen politischen Inhalten ebenso wie nach neuen politischen Formen, folglich auch nach neuen Politikertypen. Sie wurde zur zweiten Phase der amerikanischen Geschichte, in der Philosophenpräsidenten zu einem breit anerkannten Ideal gerieten – jedenfalls insofern, als nun Kandidaten immense Popularität genossen, die sich immer wieder auf eine wissenschaftliche Grundierung ihrer Politik beriefen. Wie es Hofstadter selbst einschätzte: »It was the moral and intellectual requirements of the period which put its intellectuals in unprecedented rapport not only with the American public but with the country's political leaders.«¹⁶ Gerade ein solches Umfeld ließ drei Akteure gestaltungsmächtig werden,¹⁷ die man gemeinsam zu einer »learned presidency« zählen kann:

16 Hofstadter, 198.

17 Burton 1988, 191–192.

Theodore Roosevelt, William Howard Taft und Woodrow Wilson – sie verkörperten und vermittelten eine »learned proportion to the office«, »revealing their exercise of its powers in a fashion influenced by their scholarly awareness of both the past and the present«. ¹⁸

In dieser Hinsicht formte die Wahl des Jahres 1912 den vielleicht intellektuellsten Moment amerikanischer Politik. Damals konkurrierten der Altpräsident Roosevelt, der amtierende Präsident Taft und der am Ende siegreiche Präsidentschaftskandidat Wilson. Von diesem Wahlkampf selbst handelt die vorliegende Studie allerdings nicht, wiewohl eine lohnenswerte Untersuchung unter einer solchen Fragestellung bislang noch aussteht, sondern vielmehr von Momenten, in denen sich diese drei Politiker auf charakteristische Weise als Intellektuelle zeigten. Diesen Zusammenhang zu erklären, ist Anliegen des vorliegenden Aufsatzes, nicht die Auseinandersetzung mit einer übergeordneten These wie derjenigen, »Roosevelt, Taft, and Wilson all respected learning and knowledge for their own sake«. ¹⁹ Derlei reicht weit über das hinaus, was diese kleine Studie zu leisten vermag. Ihr Argumentationsziel ist weitaus bescheidener: Er möchte einzelne Gelegenheiten betrachten, an denen die drei Genannten sich in besonderer Weise als Intellektuelle präsentierten – als Philosophenpräsidenten, deren wissenschaftlich reflektierter Führung das Land bedürfe.

3. Eine Neuerfindung der Präsidentschaft: Prosopographische Annäherungen

Zumindest einer prosopographischen Annäherung bedarf es dabei gleichwohl. ²⁰ Sie zeigt: Bei allen inhaltlichen wie persönlichen Differenzen verband Roosevelt, Taft und Wilson, dass sie einen politischen Intellektualismus personifizierten und auch auf diese Weise die amerikanische Präsidentschaft neu erfanden. Damit ist mitnichten gesagt, dass sich in ihren Karrieren nicht auch dezidiert antiintellektuelle Momente fänden. Ausgerechnet im Wahlkampf des Jahres 1912 empfand beispielsweise Roosevelt ganz und gar keine Scheu, gegen Wilson das Klischee eines abgehobenen Akademikers zu bedienen. ²¹

Gleichwohl pflegten alle drei jedenfalls in bestimmten Momenten einen entschieden intellektuellen Politikstil, traten in einem intellektuellen Gestus auf – angefangen mit Theodore Roosevelt, den rustikalen »Rough Rider«, den man zunächst nicht unbedingt für einen Intellektuellen halten mag. Genau als einen solchen indes bezeichnete ihn allerdings ausgerechnet Woodrow Wilson, der nach einem Gespräch mit dem damaligen Gouverneur Roosevelt seiner Frau von dessen »sane, *academic* side« berichtete; ²² blickt man auf ihr Ver-

18 Ebd., 191.

19 Ebd., Preface. Burton selbst weist darauf hin, dass auch Rutherford B. Hayes und James Garfield einige gelehrte Meriten errungen hatten: ebd., 35.

20 In größerem Maßstab angezeichnet ist diese Argumentationslinie bei: Burton 1988.

21 Berg 2017, 69. Inwiefern die Wahl und der Wahlkampf einen transformativen Moment ausmachten, stellt dar: Chace 2004.

22 Zitiert nach Milton Cooper 1983, 60 [Hervorhebung im Original].

hältnis zu methodischen Prinzipien, war der »Amateur« Roosevelt womöglich sogar wissenschaftlicher als der »Profi« Wilson,²³ nachgerade von klein auf. Entsprechende Affinitäten lassen sich schon an seiner Herkunft festmachen, Roosevelt stammte aus einer vermögenden und kulturbewussten Familie, sein Vater war immerhin Mitbegründer des Metropolitan Museum of Art. Um seinen wissenschaftlichen Ehrgeiz zu dokumentieren, benötigte der junge Roosevelt nicht erst elitäre Bildungsreisen nach Europa und Ägypten. Systematische Naturbeobachtungen hatte er schon zuvor angestellt und seine *Natural History on Insects* mit Ausführungen über Ameisen begonnen, die laut dem noch kindlichen, aber eben bereits recht erwachsen formulierenden Roosevelt allesamt »native of North America« seien,²⁴ später betrieb er ornithologische Studien. Seinen akademischen Ehrgeiz lebte er allerdings nicht in seinem juristischen Studienfach aus, sondern als Vierundzwanzigjähriger auf andere Weise: *The Naval War of 1812* (1882), bis heute ein marinehistorisches Standardwerk, war Roosevelts erste Publikation, doch keineswegs die letzte – auch diesem Thema blieb er später verbunden, als er etwa Alfred Thayer Mahans so wirkungsmächtiges Buch über *The Influence of Sea Power upon History* rezensierte.²⁵

Roosevelts weitere Karriere ergab ein Wechselspiel von Tätigkeiten, die nicht immer allzu überlegt anmuten, und deren publizistischer Reflexion. So betrachtet, sind nicht die wilden Ritte durch die Landschaft die eigentlich spektakulären Motive in seiner Biographie, sondern sein enormer Ehrgeiz, die eigenen waghalsigen Abenteuer umgehend literarisch zu verarbeiten. Sein Cowboydasein nach der Wahl des Jahres 1884 präsentierte er in diversen Magazinberichten von der »Frontier« und in gleich drei Büchern: *Hunting Trips of a Ranchman* (1885), *Ranch Life and the Hunting-Trail* (1888), *The Wilderness Hunter* (1893) – durchaus ein Modethema großer Gelehrter jener Zeit.²⁶ Roosevelt verfasste ein gleich zweibändiges *Winning of the West*, gelobt unter anderem von Frederick Jackson Turner, und suchte darüber sogar den Austausch mit einem kritischen Rezensenten, William Frederick Poole,²⁷ damals Präsident der American Historical Association, der Roosevelt wiederum nach dem Ende seiner Präsidentschaft später einmal selbst vorstand, eine gewichtige historiographische Ansprache bei deren Jahresversammlung 1912 eingeschlossen.²⁸ Auch ansonsten ließ es Roosevelt nicht bei Taten bewenden, sondern verlieh ihnen mit ausdrucksstarken Worten den gebührenden intellektuellen Nachdruck. Der Anführer der *Rough Riders* legte in einem gleichnamigen Buch (1899) Rechenschaft von seiner kubanischen Mission ab, seine Autobiographie (1913) war mitnichten die letzte Handlung eines Politikers außer Dienst, sondern ein weiteres Buch eines Autors, der in ganz unterschied-

23 Ebd., 61.

24 Roosevelt 1869, Preface.

25 Burton 1988, 48–49.

26 Ebd., 55.

27 Utley 1944, 496.

28 Burton 1988, 78.

lichen Genres reüssierte. Zu Roosevelts Werkausgabe gehört nicht von ungefähr ein Band mit dem Titel *Literary Essays*.²⁹

Außergewöhnlich waren also weniger seine Handstreichle als solche, sondern eben deren systematische literarische Verarbeitung. Für Roosevelt bestand kein Gegensatz zwischen Machtpolitiker und Schöngest, vielmehr leitete er aus seiner Belesenheit nachgerade einen Führungsanspruch ab.³⁰ Gerade Kulturförderung (zu der auf gewisse Weise auch sein Engagement für den Naturschutz gehörte) betrachtete er in seiner Präsidentschaft als nationale Aufgabe, freilich nicht um ihrer selbst willen: sondern weil »artistic« und »material welfare« seiner Ansicht nach miteinander einhergingen, wie Roosevelt angelegentlich des von ihm betriebenen Ankaufs der Freer'schen Sammlung durch das Smithsonian Institute verkündete.³¹ Auch angesichts dessen kann man getrost konstatieren: »learning was an operative factor once TR assumed office«³² – ehe er es wieder verließ, wurde es bezeichnenderweise eine seiner letzten Amtshandlungen, die Errichtung eines nationalen Council of Fine Arts³³ anzuordnen.

Der intellektuelle Glanz William Howard Tafts mag etwas geringer gewesen sein: vielleicht kein »brilliant mind«, dafür aber immerhin »able« und sehr arbeitsam.³⁴ In welchem Maße er als Präsident auf die Errungenschaften der Wissenschaft vertraute, ist unter anderem seiner Botschaft an den Kongress am 6. Dezember 1910 abzulesen: »The method of impartial scientific study by experts as a preliminary to legislation, which I hope to see ultimately adopted as our fixed national policy with respect to the tariff, rivers and harbors, waterways, and public buildings,« bedurfte für Taft keiner weiteren Rechtfertigung, zu evident schienen ihm die Vorzüge einer solchen Vorgehensweise.³⁵ Just mit Blick auf eine geplante Bank- und Währungsreform mahnte er Senatoren und Abgeordnete, einen exakten Vergleich mit Geschäftsmethoden und Einrichtungen ökonomisch konkurrierender Nationen anzustellen: »I urge upon Congress the importance of a nonpartisan and disinterested study and consideration of our banking and currency system.«³⁶ Taft gab den ernsthaften Denker über den ignoranten Parteien, auch in anderen Reden, etwa in seiner *Annual Message* des Jahres 1912. Darin Pflichten zu thematisieren, »which require wise discretion and intellectual activity«,³⁷ gehörte wesentlich zu seinem Selbst- und Amtsverständnis.

Hier unterschied sich Taft von Roosevelt kaum in seiner Selbstwahrnehmung und in seiner Selbstinszenierung, wohl aber in der Herkunft. Er stammte keineswegs aus der Bildungs-

29 Ebd., 58.

30 Ebd., 62.

31 Zitiert nach Gould 1991, 227.

32 Burton 1988, 62.

33 Gould 1991, 228.

34 Burton 1988, 91.

35 Taft 1910, 29.

36 Ebd., 29.

37 Zitiert nach Burton 1988, 126.

aristokratie, sondern betrieb seine Ausbildung erst am Yale College, dann an der Cincinnati Law School als Aufstieg mit akademischen Mitteln; er schlug eine Karriere als Richter ein. Als Bundesrichter gelangte er in ein Amt, das oft als Sprungbrett für das höchste Gericht diente, zudem urteilte er in kniffligen Verhandlungen etwa über Arbeitsrecht. Auf diese Weise war er rasch mit rechtlich komplexen und zugleich hochpolitischen Fällen befasst,³⁸ die in ihrer gesellschaftlichen Brisanz weit über juristische Auslegungen im engeren Sinne hinauswiesen. Erst recht als Solicitor General, der bei Verhandlungen im Supreme Court die amerikanische Bundesregierung vertrat, musste er sich im juristischen Handwerk weitaus intensiver auskennen als andere Praktiker des Rechts. Schon im Jahre 1889 war er erstmals für den Supreme Court vorgeschlagen worden, weil seine Ernennung den Republikanern sehr gefallen werde und kein Demokrat sie glaubwürdig würde kritisieren können – so das damalige Kalkül des Gouverneurs von Ohio, Joseph B. Foraker,³⁹ der Taft bereits zum Mitglied des Superior Court seines Bundesstaats ernannt hatte.

Taft gelang das Kunststück, konsequent eine politische Karriere zu verfolgen, die gleichwohl zu seinen weiterhin gepflegten akademischen Interessen passte: Seit 1896 amtierte er neben seinem Hauptamt auch als Professor an der Cincinnati Law School,⁴⁰ sogar als Dekan dieser mit der dortigen Universität vereinigten Institution. Das verstand Taft keineswegs nur als Titulartätigkeit, sondern hielt tatsächlich zweistündige Vorlesungen ab. Er widmete sich sogar selbst einer avancierten Lehrmethodik, indem er sich für die »Case Method« engagierte; darin hatten Studenten sich in komplizierten Fällen zu üben, die bereits real verhandelt worden waren. Kurzum, Taft präsentierte sich als ambitionierter Rechts(hochschul)lehrer.⁴¹ Folglich nahm er nach seiner Präsidentschaft umgehend ein Angebot der Yale Law School an, um dort fortan als Professor zu lehren: frohgemut,⁴² zumindest bekundete er ostentativ, wie wohl er sich in der »intellectual society« New Havens fühle.⁴³ Er nahm seine Professur ernst, neuerlich auch die Mühen des »case system«. Die dafür nötige intensive Lektüre betrieb er mit einigem Vergnügen,⁴⁴ und statt cursorischer Artikel wie einst als Richter publizierte er nun ganze Bücher, darunter *The Anti-Trust Act and the Supreme Court*.⁴⁵

Auch Vorlesungen über die amerikanische Verfassung, die Taft prompt hielt,⁴⁶ wurden alsbald publiziert; über die Rolle des Präsidenten reflektierte er zudem in Vorträgen.⁴⁷ Jedenfalls fand das daraus resultierende Buch *Our Chief Magistrate and His Powers* (1916) einige

38 Burton 1988, 101.

39 Warren 1958, 355.

40 Ebd., 356.

41 Zu seiner Tätigkeit in Yale, freilich perspektiviert eher als Intermezzo: Hicks 1945.

42 Burton 1988, 119.

43 Warren 1958, 358.

44 Ebd., 359.

45 Burton 1988, 122.

46 Ebd., 119.

47 Ebd., 124.

Anerkennung bei Lesern, die es als juristisches, nicht als parteipolitisches Werk zu würdigen wussten –

»One would expect Mr. Taft to take advantage of the opportunity offered by a course of popular lectures to emphasize the really important things he has stood for while in office. He has done this with characteristic frankness and entire freedom from the taint of objectionable partisanship.«⁴⁸

Zu diesem gelehrten Lob passt auch, dass Taft sich gleichzeitig scharf von der progressiven Idee einer volksnahen Justiz abgrenzte: Im Jahre 1916 verwahrte er sich gegen ein »muckracking of the courts«, vielmehr betrachtete er die Unabhängigkeit der Bundesrichter als hohes Gut⁴⁹ und Bundesrichter selbst gar als Bollwerk der Verfassung gegen eine »soziale« Demokratie⁵⁰ – durchaus eine Attitüde einer intellektuellen Elite, die ihre Geltung schwinden sah.

Taft war es schon früh gelungen, seine rechtswissenschaftliche mit seiner politischen Agenda zu verbinden. Sein zentrales Thema war stets das internationale Recht, mit dem er ab dem Jahre 1900 auch als Vorsitzender der Kommission für die Philippinen zu tun gehabt hatte, auch nach seiner Ernennung zu Roosevelts Secretary of War im Jahre 1904. Schon vor seiner Wahl zum amerikanischen Präsidenten im Jahre 1908 war Taft ein umtriebiger, keineswegs nur ein Titular-Vice President der American Society of International Law gewesen, der er anschließend als Honorary President zur Verfügung stand, ebenso der American Society for the Judicial Settlement of International Disputes: Themen, die er auch als Präsident engagiert verfolgte, auch wenn die sogenannten Taft Arbitration Treaties über ein Schiedsgerichtsabkommen am Ende nicht ratifiziert wurden.

Auch über seine Präsidentschaft hinaus verfolgte er diese internationale Agenda, er amtierte im Ersten Weltkrieg als Vorsitzender der League to Enforce Peace und befürwortete sogar einen Beitritt der Vereinigten Staaten zum Völkerbund. Vor allem aber wurde Taft im Jahre 1921 zum Chief Justice ernannt, zum Vorsitzenden des Supreme Court: unverkennbar ein politisches Mandat, aber eben eines, das ohne eine gewisse rechtswissenschaftliche Expertise längst nicht mehr auszuüben war. Immerhin musste sich Taft als Supreme Judge gegen juristische Schwergewichte wie Oliver Wendell Holmes behaupten, Mitglied des Supreme Court in den Jahren 1910 bis 1932 und einer der meistzitierten Juristen des 20. Jahrhunderts;⁵¹ auch der folgende Supreme Judge, Charles Evans Hughes, hatte nach seinem Rechtsstudium an der Brown University und sodann an der Columbia University einst als Professor an der Cornell Law School gelehrt, er war Außenminister und Richter des Gerichtshofes in Den Haag gewesen (und nicht zuletzt in die American Academy of

48 Schaper 1916, 779.

49 Zitiert nach Fish 1975, 126.

50 Fish 1975, 129.

51 Shapiro 2000, 424. Inwiefern Taft den Supreme Court prägte, hat jüngst herausgearbeitet: Lurie 2019.

Arts and Sciences gewählt worden), als er im Februar 1930 zum Nachfolger des bereits todkranken Taft ernannt wurde.

Insofern ist die Vermutung durchaus produktiv, anhand solcher Exempel ein »intellektuelles« Muster unter den besagten drei Präsidenten erkennen zu können. Der Begründungsaufwand, Woodrow Wilson darin einzuordnen, ist denkbar gering – bis heute der einzige Präsident der Vereinigten Staaten, der einen Dokortitel erworben hat, folglich auch der einzige, der vor seinem Amtsantritt ein universitäres Professorenamt innehatte. Eine vergleichbare Position hatte bereits sein Vater bekleidet, an einer presbyterianischen Hochschule, dem Columbia Theological Seminary. Wilson selbst nahm das College – ebenso wie Taft, anders als Roosevelt – überaus ernst,⁵² er studierte in Princeton (und seine Frau übrigens Kunst am Rome Female College in Georgia), ehe er die University of Virginia School of Law und die Johns Hopkins University besuchte, seinerzeit eine Reformuniversität nach deutschem Modell.

Mit seinem *Congressional Government* (1885) feierte Wilson einen glänzenden Karrierestart in der akademischen Welt, noch dazu in einer Disziplin, die sich gerade erst formierte und etabliert. Binnen weniger Jahre gelangte er bis 1890 vom Bryn Mawr College, einem College für Frauen, über die Wesleyan University schon 1890 zum Chair of Jurisprudence and Political Economy in Princeton, wo er im Jahre 1896 zum Präsidenten gewählt wurde. Dort engagierte er sich auch für eine Reform des Studiums, entwarf nachgerade eine Intellektualisierungsstrategie für Studenten;⁵³ ähnlich wie man es bei Taft feststellen kann, interessierte sich auch Wilson sehr für neue Vermittlungsmethoden.⁵⁴ »Why has no one ever written on the art of academic learning?«,⁵⁵ lautete Wilsons bewundernder Aufsatz über den Vermittler Adam Smith. Ob man ihn für einen echten Spitzenforscher halten kann, ist schwer zu sagen – der führende Vertreter der amerikanischen Politikwissenschaft, die es als Disziplin zuvor im Grunde noch gar nicht gab, war Wilson jedenfalls⁵⁶ und mithin auch für professorale Kollegen aus anderen Nationen ein Ansprechpartner: Lord Acton übertrug ihm eines der Kapitel für die monumentale *Cambridge Modern History*,⁵⁷ ein überaus renommiertes, internationales Gelehrtenprojekt.

So hatte Wilson vor seiner Kandidatur für das höchste Staatsamt gleich mehrere Bücher – von akademischen Fachaufsätzen in seinem politikwissenschaftlichen Metier über weitverbreitete Textbücher für die Universitätsausbildung wie *The State* (1889) oder *Division and Reunion* (1893) bis hin zu einer für ein breites Publikum gedachten, fünfbändigen *History of the American People* (1908) – publiziert und es zum Präsidenten der Princeton University

52 Burton 1988, 137.

53 Milton Cooper 1983, 90.

54 Ebd., 93.

55 Wilson 1893, 3.

56 Milton Cooper 1983, 54; Burton 1988, 144.

57 Burton 1988, 170.

gebracht, ehe er im Alter von bereits zweifünzig Jahren erstmals in ein politisches Amt gewählt wurde, dafür gleich in ein hohes: als Gouverneur von New Jersey. Eine solche Karriere war in der Tat »äußerst ungewöhnlich«,⁵⁸ aber ist doch gut erklärbar. Wilson repräsentierte einen ganz neuen Typus von Politiker, der auch deshalb reüssierte, weil er innerhalb wie außerhalb der Demokratischen Partei als prinzipientreuer Akteur galt. Schließlich war er nicht Teil der als korrupt kritisierten Parteimaschine gewesen und spielte genau diese Karte souverän aus. Als er sich eine einstimmige Nominierung ausbedang, verzichtete er ostentativ auf irgendwelche Versprechungen im Gegenzug für die Erlangung der Kandidatur. Mithin erhob sich Wilson in gewisser Weise zu einem Politiker über alle Parteien, als Gouverneur forcierte er prompt die Geran Bill: gerichtet gegen weitverbreitete Korruptionspraktiken und die Macht der Parteioberen generell. Wilson strebte Reformen des politischen Systems an, in denen er als »thoughtful artisan of genuine democracy«⁵⁹ wirken konnte. Aus seiner politikwissenschaftlichen Expertise leitete er einen Führungsanspruch ab, indem er für eine »wirklich« repräsentative Politik warb, sogar im Medium eines Lobs für Theodore Roosevelts Amtsverständnis.⁶⁰

Sein zeitgenössisches Image als Intellektueller nutzte sowohl Wilson selbst als auch seinen politischen Gegnern; er reagierte auf entsprechende Kritik im Wahlkampf des Jahres 1912, indem er seiner Kampagne eher moralische als wissenschaftliche Obertöne verlieh, und auch, indem er insbesondere seinen universitären Redestil gezielt ablegte, erst recht, als er erstmals zu Auftritten in den Mittleren Westen reiste und dort vom Zugwaggon aus zu einem Publikum sprach,⁶¹ das nun einmal anders gewonnen werden musste als intellektuelle Ostküstenbewohner. Freilich verhalf ihm sein dezidiert moralisches Pathos, das indes anders als bei Theodore Roosevelt weniger als krachendes Selbstvertrauen, sondern eher als bescheidener Einsatz für das Gemeinwohl daherkam, gerade in Verbindung mit seinem professoralen Habitus auch zu Stimmen: Eine dezidierte Wahlempfehlung ausdrücklich für den »Gelehrten und Gentleman« sprach letztlich William E. B. Du Bois aus,⁶² damals die intellektuelle, weit über die USA hinaus wahrgenommene Führungsfigur der schwarzen Bürgerrechtsbewegung, gewissermaßen von Professor zu Professor. Intellektueller als Wilson hätte sich ein amerikanischer Präsident damals kaum denken lassen und geben können: egal, wie schillernd diese Kategorie auch bis heute bleibt, nach Hofstadter'schen Maßstäben zweifelsohne nicht.

In dieser Hinsicht war die Präsidentschaftswahl des Jahres 1912 wirklich eine besondere: Es konkurrierten drei Kandidaten, die jeweils einen Ruf als Intellektuelle pflegten und genossen. Weitet man den Blick auf ihr Umfeld sowie die folgenden Jahre, wird das Bild noch eindrücklicher. Nicht nur Präsidenten gerierten sich als Philosophen. Der progressive Jurist

58 Berg 2017, 14.

59 Zitiert nach Burton 1988, 172.

60 Burton 1988, 172.

61 Chace 2004, 215.

62 Berg 2017, 79.

Louis Brandeis, der vor seiner aktivistischen Tätigkeit die *Harvard Law Review* initiiert hatte und im Jahre 1916 zum Chief Justice ernannt wurde, war einer der wichtigsten Unterstützer von Wilsons Kampagne. Als William Tafts kon-intellektueller Running Mate diente am Ende Nicholas Murray Butler, Präsident der Columbia University seit 1901 und bis in die 1940er Jahre. Der Bankier Charles G. Dawes – nach der Entwicklung des Dawes-Plans zur Regulierung der deutschen Reparationszahlungen immerhin mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet – konnte zwar nicht unbedingt als Intellektueller gelten, aber zweifellos doch als überaus kundiger Experte,⁶³ als er beim Sieg Calvin Coolidges im Jahre 1924 zum Vizepräsidenten bestimmt wurde; ähnliches galt für den einstigen Bergbauingenieur Herbert Hoover, im Jahre 1928 zum Präsidenten gewählt, der Fachvorlesungen über sein Metier an der Columbia University gehalten, mit *The Principles of Mining* ein weitverbreitetes Lehrbuch herausgebracht und sich gar gemeinsam mit seiner Frau (ebenfalls eine studierte Geologin) die aufopferungsvolle intellektuelle Mühe einer Übersetzung von Georg Agricolas berühmten Hauptwerk *De re metallica* mitsamt Kommentar gemacht hatte – während sein Nachfolger Franklin D. Roosevelt zwar qua Herkunft enorm gebildet, aber ohne jeden akademischen Ehrgeiz war. Hier endete die diskursive Konjunktur der Philosophenpräsidenten, doch Roosevelt und viele Nachfolger umgaben sich immerhin mit akademisch profilierten Beratern: Zum *New Deal* gehörte wesentlich ein *Brain Trust*, John F. Kennedy scharte junge Intellektuelle wie den Harvard-Professor McGeorge Bundy um sich, der wie Arthur M. Schlesinger Jr. auch Lyndon B. Johnson beriet, Richard Nixon machte den Harvard-Professor Henry Kissinger zum Nationalen Sicherheitsberater, die »Reaganomics« wären ohne Ökonomieprofessoren wie Arthur Laffer kaum zu denken gewesen.

Dass gerade am Beginn des 20. Jahrhunderts die Zahl der Hochschulabsolventen auch in den Vereinigten Staaten zunahm, ist gewiss ein wichtiger Kontext, aber keine hinreichende Erklärung dafür, warum seinerzeit eine Konjunktur für Politiker mit akademischen Meriten aufkam. Vielmehr mussten sie zumindest den Anschein erwecken, mit den zahlreichen Intellektuellen mithalten zu können, die seinerzeit öffentliche Debatten prägten: von investigativen Journalisten über Romanautoren bis hin zu gestandenen Professoren.⁶⁴ Auch wenn das Progressive Movement keinen eigenen Präsidenten hervorbrachte, veränderte es eben doch die Präsidentschaft als solche: zeitweilig hin zur Idealisierung einer Philosophenherrschaft im weitesten Sinne. Der Kampf gegen Korruption in allen Facetten, der konstitutive Bedeutung für die Entstehung des Vierten Parteiensystem besaß, schuf Raum für einen neuen Politikertypus, einen dezidiert intellektuellen.

63 Hoovers Regierung als Technokratie beschreibt (in einem wertneutralen Sinne): Burton (1988), 194.

64 Diese enorme Bandbreite an intellektuellen Reformern hat übrigens auch Hofstadter selbst dargestellt: in zwei in gewisser Weise komplementären Büchern, die einerseits die weniger bekannten Akteure im reformerischen Maschinenraum, andererseits drei wirkungsmächtige Geschichtswissenschaftler thematisierten – Hofstadter 1955 und Hofstadter 1968.

4. Philosophenpräsidenten in der Praxis: Drei Momentaufnahmen

Drei Momentaufnahmen sind geeignet, die Philosophenpräsidenten in actu zu erleben: jeweils in einer Praxis, die gerade die Theorie als wichtiges Metier des Politikers auswies. Bei Roosevelt bietet sich dafür in besonderer Weise eine Rede an der Oxford University im Jahre 1910 an, in der viele, auch intellektuelle Fäden zusammenliefen. Er hielt sie nach einer ausdauernden Großwildjagd in Afrika, bei der er im Auftrag der Smithsonian Institution wortwörtlich auf die Jagd nach neuen Exponaten für dessen naturkundliche Sammlung gegangen war, und während einer Europareise, die nachgerade zu einem akademischen Triumphzug geriet: beginnend an der Sorbonne. Dort trug Roosevelt am 23. April 1910 vor, über *Citizenship in a Republic*. Seinen Gastgebern schmeichelte er, indem er die französische Kultur als »leadership in arms and letters« pries: nicht ohne eine gemeinsame zivilisatorische Sonderrolle zu beschwören beim »teaching and uplifting of mankind«. ⁶⁵ Sein Ideal des »good citizen in a republic« war unschwer als wissenschaftsgeleitet zu erkennen: »He must have those qualities which make for efficiency; and he also must have those qualities which direct the efficiency into channels for the public good.« ⁶⁶ Intellektualität erhob Roosevelt zur zentralen Anforderung an den Bürger eines modernen Staates, freilich zu einer dezidiert anwendungsbezogenen: »The citizen must have high ideals, and yet he must be able to achieve them in practical fashion.« ⁶⁷ Sodann erhielt Roosevelt am 19. Mai 1910 die Ehrendoktorwürde der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität, auch weil er als Präsident einen Professoren austausch zwischen beiden Nationen forciert hatte: Amerikanische *Theodore Roosevelt-Professoren* waren nach Deutschland gekommen, deutsche *Kaiser-Wilhelm-Professoren* in die Vereinigten Staaten. ⁶⁸

In Oxford aber kulminierte Roosevelts Reise. Ihm war die von Lord Curzon ausgesprochene Einladung höchst willkommen, gab sie ihm doch eine Gelegenheit, weit, sogar welthistorisch auszuholen ⁶⁹ – eine prestigiose Gelegenheit, immerhin handelte es sich um die *Romanes Lecture*, eine akademische Tradition seit dem Jahre 1892 mit so illustren Vorrednern wie William Gladstone (1892), Thomas Huxley (1893), Lord Acton (1901), Lord Curzon selbst (1907) und zuletzt Arthur Balfour (1909). Benannt war sie nach dem berühmten Evolutionsbiologen George Romanes, ein entsprechendes Sujet legte sich Roosevelt nun zurecht: Er sprach über *Biological Analogies in History*, ganz auf der wissenschaftlichen Höhe der Zeit. Studien über Vererbungslehre und Eugenik, wie Zeitgenossen das junge akademische Fach in der Nachfolge Francis Galtons nannten, galten als zutiefst moderne, dem Fortschritt verpflichtete Disziplin. ⁷⁰ Roosevelt, der schon in seinem *Ranchman* durchaus gelehrt, kei-

⁶⁵ Roosevelt 1910a.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Füssel 2004, 52–54. Zu den größeren Zusammenhängen: Lerg 2019.

⁶⁹ Burton 1988, 37.

⁷⁰ Zur ersten Orientierung: Bashford/Levine 2010.

neswegs nur landläufigen Stereotypen verpflichtete Überlegungen über Rasse sowie »natural selection« angestellt hatte,⁷¹ reklamierte für sich und seine Gegenwart nun, einen »greatly increased respect naturally resulting for scientific methods«, errungen zu haben.⁷² Seine Aufgabe formulierte er klar: »we must insist upon the historian of mankind working in the scientific spirit, and using the treasure-houses of science« – in dem eben die besagten Analogien zwischen der Evolutionsgeschichte im Tierreich und unter den Menschen zu finden seien.⁷³

Auf das, was Roosevelt hier sagte, kommt es in diesem Kontext vielleicht weniger an als darauf, wie er es sagte: Erst musterte der intensive Darwin- und Huxley-Leser⁷⁴ diverse Tierarten, dann Zivilisationen aus der gesamten Weltgeschichte. Sein Thema, so suggerierte der Redner, hatte er anders kaum wählen können: »It is this study which has given science its present-day prominence.«⁷⁵ Schließlich widme sich die zeitgenössische Wissenschaft der Aufgabe, »to penetrate the causes of the mysteries that surround not only mankind but all life, both in the present and in the past«.⁷⁶ Daraus entwickelte Roosevelt nicht etwa eines der üblichen Überlegenheitsnarrative, sondern bettete die Aufgabe der westlichen Moderne in einen größeren weltgeschichtlichen Kontext ein: »In the long run there can be no justification for one race managing or controlling another unless the management and control are exercised in the interest and for the benefit of that other race.«⁷⁷ Vor allem kulminierte seine Rede in einem wissenschaftlichen Anspruch, dem sich die derzeit dominierenden Nationen stellen müssten. Muten uns manche Untertöne heute befremdlich an, so sollten sie für Zeitgenossen zweifellos intellektuell klingen:

»Let us hope that our own blood shall continue in the land, that our children and children's children to endless generations shall arise to take our places and play a mighty and dominant part in the world. But whether this be denied or granted by the years we shall not see, let at least the satisfaction be ours that we have carried onward the lighted torch in our own day and generation. If we do this, then, as our eyes close, and we go out into the darkness, and others' hands grasp the torch, at least we can say that our part has been borne well and valiantly.«⁷⁸

Die Mission des amerikanischen Pastpräsidenten war es also, die Fackel der Erkenntnis weiterzureichen: wie Roosevelt es bereits während seiner Amtszeit für sich beansprucht hatte – seine Interventionspolitik in Mittelamerika war von einem durchaus wissenschaftlich kon-

71 Burton 1988, 51.

72 Roosevelt 1910b, 5.

73 Ebd., 7.

74 Burton 1988, 72.

75 Roosevelt 1910b, 4.

76 Ebd., 4.

77 Ebd., 41.

78 Ebd., 43.

turierten Überlegenheitsanspruch getragen gewesen.⁷⁹ Auf dem Wahlplakat der Präsidentschaftskampagne des Jahres 1904, die Roosevelt die Vizepräsidentschaft und nach William McKinleys raschem Tod unerwartet das höchste Staatsamt gebracht hatte, war eine amerikanische Schule in Kuba zum Programmträger geworden: Kein Eroberer wollte Roosevelt sein, sondern Bringer einer Zivilisation, die ohne Wissenschaft nicht zu denken war. Es wäre eine eigene Studie wert, inwiefern Roosevelt als »most effective racial educator«,⁸⁰ aber auch Taft⁸¹ und Wilson⁸² jeweils ihre eigene Anhänglichkeit gerade an die zeitgenössische Rassentheorie selbst als Merkmal von Wissenschaftlichkeit, mithin gar als einen besonderen Ausweis von Intellektualität wahrgenommen haben.

Mit seiner Oxforder Rede zielte Roosevelt freilich nicht nur auf gelehrtes Prestige ab, sondern zugleich auf Geländegewinne in der amerikanischen Politik: Gerade der Darwinismus war in den Vereinigten Staaten höchst umstritten, weil er mit dem dominierenden Supernaturalismus kaum harmonierte.⁸³ Für ihn Stellung zu beziehen, schärfte wiederum das politische Profil – nicht umsonst wandte sich William Jennings Bryan, ein dezidiert anti-intellektueller Politiker, damals scharf von der Evolutionslehre Darwins und Spencers ab. Die Frage nach dem Darwinismus geriet so zu einem Lackmустest: ob der nächste Präsident eher der Wissenschaft oder der Bibel vertraue. Für Roosevelt war es ohne jeden Zweifel die Wissenschaft: Das letzte Buch unter vielen, das er im Laufe seines langen Lebens für eine breitere Öffentlichkeit rezensierte, wurde bezeichnenderweise ein Buch über Evolution aus der Feder von Henry Fairfield Osborn,⁸⁴ eines Anthropologen von Weltruf.

Roosevelt selbst hatte nicht umsonst den erfahrenen Richter und Verwaltungsspezialisten Taft, der neben Themen auch Kabinettsitzungen straff zu strukturieren verstand, als seinen Nachfolger vorgeschlagen: damit seine Reformprojekte auch nach seiner Amtszeit die nötige Geltung bekämen. Freilich besaß Taft seine eigene Agenda, auch wenn seine Inaugurationsrede in manchen Passagen wohl ebenso gut von Roosevelt hätte gehalten werden können. Den Anspruch, »Big Business« zu regulieren, formulierte er allerdings fast etwas intellektueller als sein Amtsvorgänger: »The work for formulating into practical shape such changes is creative work of the highest order.«⁸⁵ Politikgestaltung verstand Taft also als schöpferische Tätigkeit. In diesen Anspruch mündeten auch seine eigenen Erfahrungen aus langjähriger Richtertätigkeit. Strukturelle Interventionen in das Wirtschaftsleben waren nicht nur politisch schwer durchzusetzen, sondern auch juristisch hochgradig komplex: als Eingriffe in

79 Burton 1988, Preface.

80 So bereits Dyer 1980, 1–20, hier: 19.

81 Taft ging in seiner Zeit auf den Philippinen einerseits gegen Diskriminierungen vor, andererseits hielt er die dortige Bevölkerung für signifikant unterlegen. Auf diesen Zwiespalt weist hin: Lurie 2012, 50–52.

82 Inwiefern Annahmen einer weißen Überlegenheit etwa Wilsons Außenpolitik grundierten, führt aus: Ambrosius 2008, 239.

83 Burton 1988., 41–42.

84 Ebd., 87.

85 Taft 1909.

konstitutionell garantierte Freiheitsrechte. Derlei – etwa auch die Festsetzung von Zöllen – sollte freilich nicht an lautstark orientierten Partikularinteressen bestimmter ökonomischer Pressure Groups orientiert sein, sondern vielmehr wissenschaftlich ermittelt werden, wie Taft als Präsident einmal verkündete.⁸⁶

Jedenfalls hegte er einen hohen systematischen, wenn nicht gar szientistischen Anspruch an die Politik, an eine tätige Regierung: »The scope of a modern government in what it can and ought to accomplish for its people has been widened far beyond the principles laid down by the old ›laissez faire‹ school of political writers«, auch in konkreter Anwendung auf die Landwirtschaft und den dafür angekündigten »use of scientific experiments on a large scale and the spread of information derived from them for the improvement of general agriculture«.⁸⁷

Wissenschaft war also Programm, insbesondere jedoch Rechtswissenschaft. Taft verfolgte – erst recht nach seinen Erfahrungen als Gouverneur der Philippinen und als Kriegsminister – ein großes Anliegen, das viele Zeitgenossen am Beginn des 20. Jahrhunderts bewegte: international eine »Rule of Law« zu schaffen. Von dieser Leitidee waren die Haager Friedenskonferenzen in den Jahren 1899 und 1907 inspiriert, vor allem Fragen von Krieg und Frieden gewidmet. Neben der Interaktion von Staaten rückte aber immer mehr die Interaktion von zunehmend globalen Unternehmen in den Vordergrund. Einerseits entzog sie sich ihrer Natur nach einzelstaatlichen Regelungen, andererseits gehörte insbesondere Taft zu jenen, die den Nationalstaaten – wohlgerne aus Erfahrung – keinen Hang zur nötigen Verfahrensfairness attestierten. Darum widmete er sich wie andere Zeitgenossen der Etablierung von internationalen Schiedsgerichten, sie wurde zu seinem Lebensthema. Schon im Jahre 1896 war er von der American Conference on International Arbitration in ein Komitee entsandt worden, um ein solches System der Arbitration zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien vorzubereiten;⁸⁸ Taft hatte gute Gründe, auf die bindende Kraft von Verträgen zu vertrauen, seit er an der Aushandlung zwischenstaatlicher Abkommen unter anderem mit Großbritannien und Japan beteiligt gewesen war und als Solicitor General einen langwierigen Streit mit dem Vereinigten Königreich um das Beringmeer gütlich beigelegt hatte.⁸⁹

So glaubte Taft ein politisches und ein gelehrtes Mandat gleichzeitig zu erfüllen, indem er sich nicht nur in Regierungsämtern, sondern teils gleichzeitig als Vice President in der American Society of International Law und als Honorary President der American Society for the Judicial Settlement of International Disputes einbrachte, auch im soeben gegründeten amerikanischen Zweig der International Law Association:⁹⁰ keineswegs bloß ehrenhalber, sondern höchst rühmig. Diese Ambitionen kulminierten in dem, was Taft selbst als »great

⁸⁶ Lurie 2012, 160.

⁸⁷ Taft 1909.

⁸⁸ Noyes 2011, 536.

⁸⁹ Ebd., 538.

⁹⁰ Ebd., 537.

jewel of my administration« empfand:⁹¹ der Schaffung eines rechtlichen Rahmens für ein friedliches Zusammenwirken nicht nur ganzer Nationen, sondern von Angehörigen aller Nationen untereinander. Sein Ziel, wie er es bei einer Zusammenkunft von Methodisten im August des Jahres 1911 pathetisch umschreiben sollte, bestand in »some sort of a temple of justice in which kings and nations may be parties«,⁹² konkret in großangelegten Abkommen über eine nicht inter-, sondern eigentlich transnational angelegte Arbitration.

Einen entsprechenden Vorschlag hatte Taft im Jahre 1910 unterbreitet, auf einem Forum, das mindestens so wissenschaftlich wie politisch war: bei der Zusammenkunft der American Peace and Arbitration League am 22. März 1910.⁹³ Mit Großbritannien und Frankreich sollte eine Übereinkunft getroffen werden, um eine Internationale Schiedsgerichtsbarkeit zu institutionalisieren; tatsächlich wurden die Verträge am 3. August 1911 auch unterzeichnet, allerdings niemals ratifiziert.⁹⁴ Denn der amerikanische Senat verweigerte – wie auch später in anderen Zusammenhängen – seine Zustimmung just zu dem, was Taft als zentralen Vorzug der Verträge begriffen hatte. Erstmals in solchen Kontexten hatte der Präsident keine der üblichen dehnbaren Generalklauseln zur Verteidigung nationaler Sonderinteressen in den Vertragstext eingebracht, demzufolge Streitgegenstände nicht dem zu schaffenden Schiedsgerichtshof unterworfen seien, die »vitale Interessen« oder die »nationale Ehre« berührten:⁹⁵ Als der Senat ein Amendment forderte, das eine entsprechende Öffnungsklausel zugunsten amerikanischer Anliegen beinhaltete, verwarf Taft seinerseits das Projekt. Aus seiner Sicht war es nunmehr wirkungslos (mehr noch, der Senat habe es »crippled«, »maimed«, »truncated«, »emasculated«, derlei markige eigene Formulierungen spiegeln Tafts Frustration deutlich wider).⁹⁶

In Tafts Ambitionen verdichteten sich die Möglichkeiten, aber eben auch die Unmöglichkeiten einer Philosophenpräsidentschaft: ähnlich wie bei Wilson, dem es am Ende nicht gelang, im Senat die nötige Mehrheit für eine Zustimmung zum Versailler Vertrag zu gewinnen – womöglich auch wegen professoraler Sturheit, nicht die kleinste Änderung am sorgfältig arrangierten Vertragstext zulassen zu wollen. Doch darum soll er hier nicht gehen, sondern um ein kurzes Schlaglicht darauf, welche Rolle Wilson der Wissenschaft in der Politik zuwies. Schon in seinen vielgelobten Analyse des *Congressional Government* (1885) hatte Wilson auch über dessen Grenzen im Zeitalter der Parteimaschinen reflektiert, namentlich über die Kongressarbeit als Transmissionsriemen für die Öffentlichkeit: Wilson suggerierte eine Arbeitsteilung zwischen Intellektuellen in der Regierung und Multiplikatoren respektive Kontrolleuren im – aus seiner Sicht inkohärent diskutierenden⁹⁷ – Kongress, dessen »informing function« wichtiger sei als die »legislating function. The argument is not only

91 Zitiert nach Noyes 2011, 537.

92 Taft 1911, 47.

93 Noyes 2011, 542.

94 Ebd., 535.

95 Ebd., 543.

96 Ebd., 549.

97 Wilson 1885, 299.

that discussed and interrogated administration is the only pure and efficient administration, but, more than that, that the only really self-governing people is that people which discusses and interrogates its administration.«⁹⁸ Dazu bedurfte es wiederum einer Verwaltung mit Sachkenntnis, der Wilson auch an anderer Stelle eine eminente historische Bedeutung zuschrieb: »Modern science, scarcely less than our pliancy and steadiness in political habit, may be said to have created the United States of to-day.«⁹⁹ Derlei Vorstellungen gaben Anlass zu intellektuellen Rückfragen: »In a word, ought not the ›man of the world‹ and the ›man of the books‹ to be merged in each other in the student of politics?«¹⁰⁰

An solche Postulate knüpfte auch Wilson Inaugurationsrede aus dem Jahre 1913 an. Sie beanspruchte eine Erneuerung nicht nur des politischen Programms, sondern der Politik selbst: »We have been refreshed by a new insight into our own live«, verkündete Wilson und leitete daraus einen sehr konkreten Handlungsauftrag für seine Präsidentschaft ab – »Our duty is to cleanse, to reconsider, to restore, to correct the evil without impairing the good, to purify and humanize every process of our common life without weakening or sentimentalizing it.«¹⁰¹ Damit ging ein dezidierter Planungsauftrag einher, den allein die Vereinigten Staaten zu erfüllen wüssten:

»We have studied as perhaps no other nation has the most effective means of production, but we have not studied cost or economy as we should either as organizers of industry, as statesmen, or as individuals. Nor have we studied and perfected the means by which government may be put at the service of humanity, in safeguarding the health of the Nation, the health of its men and its women and its children, as well as their right in the struggle for existence.«¹⁰²

Dass Wilson sich ausdrücklich dazu bekannte: »And yet it will be no cool process of mere science«, ist doppelt aufschlussreich. Einerseits verband er diese Einschränkung mit der moralischen Suggestivfrage, »whether we have the pure heart to comprehend and the rectified will to choose our high course of action«,¹⁰³ andererseits fühlte er sich offenkundig genötigt, die Vorherrschaft der Wissenschaft dem »common man« plausibel zu machen: als eine Art von Exekutive der Expertise.¹⁰⁴ Ihr kam eine andere Aufgabe zu als dem sie kontrollierenden, gerade nicht auf Sachkunde angewiesenen Kongress, wie ihn Wilson einst als Politikwissen-

98 Ebd., 303.

99 Wilson 1893, 123. An anderer Stelle verwahrte sich Wilson gegen die Annahme, »praktische Politiker« seien die besten Lehrmeister in den »deep - though they might be in the hidden - things of politics«: ebd., 38.

100 Ebd., 41.

101 Wilson 1913.

102 Ebd.

103 Ebd.

104 Immerhin verwiesen sei an dieser Stelle darauf, dass ein solches Politikverständnis auf kommunaler Ebene – genauer: in manchen Großstädten – bereits tief verwurzelt war: Die Stadtsoziologie der Chicago School um Charles Edward Merriam war als Anwendungsdisziplin konzipiert. Welches Ansehen nunmehr neue Experten in der Gesellschaft genossen, betont: Hofstadter 1963, 206.

schaftler eingeordnet hatte. Einen gewissen Antiintellektualismus, so kalkulierte der gewiefte Präsident offenbar, galt es als Gegebenheit der amerikanischen Politik anzunehmen, um ihn womöglich mit einer Philosophenpräsidentschaft zu überwinden.

5. Fazit: Die Philosophenpräsidenten im Kult der Expertise

Ob Antiintellektualismus ein strukturelles Sondermerkmal der amerikanischen Geschichte darstellen mag, wie es Richard Hofstadter zugespitzt formulierte, ist im Rahmen dieser Untersuchung beileibe nicht zu erörtern. Sie hat freilich gezeigt, dass es nach der Gründungsära wenigstens eine weitere Phase gab, in der ausdrücklich intellektuelle Präsidenten gefragt waren: den Beginn des 20. Jahrhunderts.

Damit ist keineswegs gesagt, Roosevelt, Taft und Wilson seien ihrem Wesen nach als Intellektuelle zu verstehen – auch wenn es für diese Annahme bedenkenswerte Begründungen gibt.¹⁰⁵ Vielmehr zeigen die obigen Schlaglichter drei Staatsmänner, für die es persönlich wie politisch überaus bedeutsam schien, sich ostentativ als Intellektuelle zu präsentieren und ihre großen Projekte auf intellektuelle Weise darzustellen: insbesondere als Imperative der Wissenschaft, ob nun die Evolutionstheorie bei Roosevelt, die Rechtswissenschaft bei Taft oder die Politikwissenschaft bei Wilson.

Inwiefern diese drei Philosophenpräsidenten in der Progressive Era der Wissenschaft als spezifischer Ausdrucksform von Intellektualität besondere politische Geltung zu verschaffen strebten, verdient ebenso eingehende Aufmerksamkeit wie die Art und Weise, in der sich ihre Nachfolger seither in Relation zu spezifischen Wissenschaften und mithin auch zur Wissenschaft als solcher setzten. Ohnehin waren es nicht nur Präsidenten allein, die am Beginn des 20. Jahrhunderts einen neuen, von Idealen der Progressive Era gezeichnete Typus von Politiker darstellten: Es gab auch Senatoren wie Beveridge und Lodge, »who prided themselves on their ›scholarship«.¹⁰⁶ Sie bedienten ebenfalls die zeitgenössische Hoffnung, gerade im öffentlich vehement ausgetragenen Wettstreit der subjektiven Wahrnehmungen und Interessen bedürfe es ganz neuer Akteure, die der Debatte ein objektives, wissenschaftliches Fundament schaffen würden: an Fakten – die progressiven Muckrackers pflegten nicht umsonst ein Pathos des Realismus¹⁰⁷ – wie an durchdachten Handlungsoptionen.

Auf gewisse Weise bedienten die hier essayistisch erkundeten Philosophenpräsidenten und andere einen politischen Geniekult, der selbst zu einer wirkungsmächtigen Größe wurde: in Gestalt einer Erwartungshaltung, die inmitten einer von manchen Zeitgenossen immer mehr als dysfunktional betrachteten Massendemokratie eine endlich intellektuelle Herrschaft her-

¹⁰⁵ Präsentiert von Burton 1988.

¹⁰⁶ Hofstadter 1963, 206.

¹⁰⁷ Milton Cooper 1990, 87.

beisehnte. Inspiriert davon war wiederum gewiss auch Richard Hofstadter. Einmal mehr erweist sich die Progressive Era so als Gründungsmoment des modernen Amerika. Und einmal mehr erweist sich Hofstadters Herangehensweise als besonders anregend: namentlich sein weiter Begriff von Antiintellektualismus, der zugleich die Frage aufwirft, inwiefern eine genauere Klassifikation spezifischer Typen des Intellektualismus – der fromme Gläubige, der »man of letters« und der wissenschaftliche »Experte« wären vermutlich drei wesentliche Erscheinungsformen – noch weitere Erkenntnisse über die amerikanische Geschichte hervorbringen könnte.

Quellen

- Roosevelt 1869 = T. Roosevelt, Natural history on insects. Theodore Roosevelt Collection. MS Am 1541 (286). Harvard College Library, Faksimile: <https://www.theodorerooseveltcenter.org/Research/Digital-Library/Record?libID=o280234> (letzter Zugriff: 18.11.2022).
- Roosevelt 1910a = T. Roosevelt, Address at the Sorbonne in Paris, France: »Citizenship in a Republic«, in: The American Presidency Project, hg. v. Gerhard Peters und John T. Woolley, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-the-sorbonne-paris-france-citizenship-republic> (letzter Zugriff: 18.11.2022).
- Roosevelt 1910b = T. Roosevelt, The Romanes Lecture 1910. Biological Analogies in History. Delivered Before the University of Oxford June 7th, 1910, New York/London 1910.
- Schaper 1916 = W. A. Schaper, Our Chief Magistrate and His Powers by William Howard Taft, in: The American Political Science Review, 10, 1916, 778–781.
- Taft 1909 = W. Taft, Inaugural Address. March 04, 1909, in: The American Presidency Project, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/inaugural-address-46> (letzter Zugriff: 18.11.2021).
- Taft 1910 = Message of the President of the United States Communicated to the Two Houses of Congress at the Beginning of the Third Session Sixty-First Congress. December 6, 1910, Washington 1910.
- Taft 1911 = Address of President Taft at the Methodist Conference, Ocean Grove, N. J., August 15, 1911, in: Addresses of President Taft on Arbitration, Washington 1911, 46–55.
- Tocqueville 1836 = Alexis de Tocqueville, Ueber die Demokratie in Nordamerika. Aus dem Französischen übersetzt von F. A. Rüder, Zweiter Theil, Leipzig 1836.
- Wilson 1885 = W. Wilson, Congressional Government. A Study in American Politics, Boston/New York 1885.
- Wilson 1893 = W. Wilson, An Old Master and Other Political Essays, New York 1893.
- Wilson 1913 = W. Wilson, First Inaugural Address of Woodrow Wilson. Tuesday, March 4, 1913, in: The Avalon Project. Documents in Law, History and Diplomacy, https://avalon.law.yale.edu/20th_century/wilson1.asp (letzter Zugriff: 18.11.2022).

Literatur

- Ambrosius 2008 = Ll. E. Ambrosius, Democracy, Peace, and World Order, in: J. Milton Cooper, Jr. (Hgg.), Reconsidering Woodrow Wilson, Washington, DC/Baltimore 2008, 225–249.
- Bashford/Levine 2010 = Alison Bashford/ Philippa Levine (Hg.), The Oxford Handbook of the History of Eugenics, Oxford 2010.
- Berg 2017 = M. Berg, Woodrow Wilson. Amerika und die Neuordnung der Welt. Eine Biographie, München 2017.
- Burton 1988 = D. H. Burton, The Learned Presidency. Theodore Roosevelt, William Howard Taft, Woodrow Wilson, Rutherford (New Jersey) 1988.

- Chace 2014 = J. Chace, 1912. Wilson, Roosevelt, Taft and Debs. The Election that Changed the Country, New York 2004.
- Dyer 1980 = Th. G. Dyer, Theodore Roosevelt and the Idea of Race, Baton Rouge/London 1980.
- Fish 1975 = P. G. Fish, William Howard Taft and Charles Evans Hughes. Conservative Politicians as Chief Judicial Reformers, in: The Supreme Court Review, 1975, 123-145.
- Füssl 2004 = K.-H. Füssl, Deutsch-amerikanischer Kulturaustausch im 20. Jahrhundert. Bildung – Wissenschaft – Politik, Frankfurt am Main/New York 2004.
- Gould 1991 = L. L. Gould, The Presidency of Theodore Roosevelt, Lawrence 1991.
- Hicks 1945 = F. C. Hicks, William Howard Taft. Yale Professor of Law and New Haven Citizen. An Academic Interlude in the Life of the Twenty-Seventh President of the United States and the Tenth Chief Justice of the Supreme Court, New Haven 1945.
- Hofstadter 1955 = R. Hofstadter, The Age of Reform. From Bryan to F.D.R., New York 1955.
- Hofstadter 1963 = R. Hofstadter, Anti-intellectualism in American Life, New York 1963.
- Hofstadter 1968 = R. Hofstadter, The Progressive Historians. Turner, Beard, Parrington, New York 1968.
- Lerg 2019 = Ch. A. Lerg, Universitätsdiplomatie. Wissenschaft und Prestige in den transatlantischen Beziehungen 1890-1920, Göttingen 2019.
- Lurie 2012 = J. Lurie, William Howard Taft. The Travails of a Progressive Conservative, New York 2012.
- Lurie 2019 = J. Lurie, The Chief Justiceship of William Howard Taft, 1921-1930, Columbia 2019.
- Meier 1980 = Ch. Meier, Die Ohnmacht des allmächtigen Dictators Caesar. Drei biographische Skizzen, Frankfurt am Main 1980.
- Milton Cooper 1983 = J. Milton Cooper, Jr., The Warrior and the Priest. Woodrow Wilson and Theodore Roosevelt, Cambridge (Mass.)/London 1983.
- Milton Cooper 1990 = J. Milton Cooper, Jr., Pivotal Decades. The United States, 1900-1920, New York/London 1990.
- Morat 2011 = D. Morat, Intellektuelle und Intellektuellengeschichte. Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 20.11.2011, <https://doi.org/10.14765/zzf.dok.2.279.v1>.
- Noyes 2011 = J. E. Noyes, William Howard Taft and the Taft Arbitration Treaties, in: Villanova Law Review 56 (2011), 535-558.
- Shade 2014 = W. G. Shade, »Tippecanoe and Tyler Too«. William Henry Harrison and the Rise of Popular Politics, in: J. H. Silbey (Hg.), A Companion to the Antebellum Presidents 1837-1861, Chichester 2014, 155-172.
- Shapiro 2000 = F. R. Shapiro, The Most-Cited Legal Scholars, in: The Journal of Legal Studies 29, 2000, 409-426.
- Stelle Commager 1950 = H. Steele Commager, The American Mind. An Interpretation of American Thought and Character Since the 1880's, New Haven/London 1950.
- Utley 1944 = G. B. Utley, Theodore Roosevelt's the Winning of the West. Some Unpublished Letters, in: The Mississippi Valley Historical Review, 30, 1944, 495-506.
- Warren 1958 = E. Warren, Chief Justice William Howard Taft, in: The Yale Law Journal 67, 1958, 353-362.
- Woods 2007 = R. Woods, LBJ. Architect of American Ambition, New York 2007.

Autor

Georg Eckert

ist Privatdozent für Neuere Geschichte an der Bergischen Universität Wuppertal und Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sonderforschungsbereich 948 »Helden – Heroisierungen – Heroismen« an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg. Studium der Philosophie und Geschichte in Tübingen und Brighton, Promotion in Tübingen 2009, Habilitation in Wuppertal 2014.

geckert@uni-wuppertal.de

Ⓢ **Open Access** // Der Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht. Den Vertragstext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>. Bitte beachten Sie, dass einzelne, entsprechend gekennzeichnete Teile des Beitrags von der genannten Lizenz ausgenommen sein bzw. anderen urheberrechtlichen Bedingungen unterliegen können.